

2. Digitalministerkonferenz (DMK)

18.10.2024 in Berlin

TOP 6

Beschluss

Hessen

Deutschlands Digitalwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen in Europa

1. Die DMK unterstützt die Anstrengungen der EU-Institutionen zur Sicherung und Schaffung einer im weltweiten Vergleich innovationsstarken und wettbewerbsfähigen Digitalwirtschaft. Der European Chips Act ist beispielsweise ein zentrales Vorhaben, um die digitale Transformation zu gestalten und den ökologischen Wandel voranzubringen. Profiteure der EU-Digitalpolitik sollten dabei allerdings nicht nur große europäische Unternehmen und Konzerne sein. Vielmehr bedarf es aus Sicht der DMK eines ganzheitlichen Ansatzes, der Start-ups sowie kleine und mittlere Unternehmen als Innovationstreiber der Europäischen Digitalwirtschaft anerkennt. Unternehmerisches Handeln und die Entwicklung neuer Produkte und Prozesse dürfen hierbei nicht durch Überregulation oder weitreichende Haftungsnormen ausgebremst werden. Dieser Gedanke muss auch die Umsetzungsanstrengungen der verschiedenen Ebenen prägen.
2. Die DMK sieht in einem sich rasant entwickelnden technologischen Umfeld die Notwendigkeit, die EU-Regulierung in regelmäßigen, engen Abständen auf den Prüfstand zu stellen. Nur so kann Praxistauglichkeit regulativer Vorgaben im Kontext internationaler Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt werden. Die DMK fordert daher die Aufnahme eines institutionalisierten Wettbewerbs- und Innovations-Checks für EU-Digitalgesetze in das Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung (REFIT) der Europäischen Kommission. Dieser Wettbewerbs- und Innovationscheck sollte auch bereits

existierende EU-Rechtsakte umfassen. Mit Blick auf diesen Prozess bittet die DMK die EU-Institutionen zudem darum, Potentiale zur Entzerrung und Verschlankung von Regulierung zu identifizieren. Die Erkenntnisse und Ergebnisse sollte die Europäische Kommission nutzen, um das Erreichen der Ziele der digitalen Dekade bis 2030 sicherzustellen.

3. Die DMK erkennt an, dass mit dem Finanzierungsprogramm „Digitales Europa“ (DIGITAL), mit einem Gesamtbudget von 7,9 Mrd. Euro, ein erster positiver Schritt gemacht wurde, um Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft im Digitalsektor zu steigern. Sie stellt jedoch auch fest, dass die Ausrichtung auf Spitzentechnologien, Exzellenzforschung und industrielle Projekte den enormen Bedarf der EU-Digitalwirtschaft – insbesondere der KMU – bei der Unterstützung der digitalen Transformation nicht decken kann. Die DMK erwartet daher einen deutlich höheren Mitteleinsatz für die Förderung der Europäischen Digitalwirtschaft im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2028-2034.
4. Die DMK sieht in der Schaffung eines Level Playing Fields auf EU-Ebene eine Grundvoraussetzung, um fairen Wettbewerb auch für den Bereich der Digitalwirtschaft zu gewährleisten. Sie appelliert daher an den Bund, mehr Tempo bei der nationalen Umsetzung von EU-Gesetzgebung zu entwickeln. Auch sollten EU-Gesetze nicht durch zusätzliche Regeln oder höhere Standards, als von der EU vorgesehen, verschärft werden. Mit dem sog. „Gold Plating“ wird EU-Regulatorik regelmäßig nicht „veredelt“, sondern die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Digitalwirtschaft geschwächt. Die DMK fordert die Bundesregierung daher auf, vor einer intendierten Übererfüllung europäischer Vorgaben, eine spezifische Folgenabschätzung vorzunehmen, die potentielle Belastungen für die Digitalwirtschaft identifiziert.
5. Damit die Digitalwirtschaft in Deutschland und Europa handlungs- und wettbewerbsfähig bleibt, braucht es eine starke, stabile und sichere Netzinfrastruktur. Rechenzentren bilden hierbei das Rückgrat der digitalen Infrastruktur. Die DMK teilt insofern die Analyse der Europäischen Kommission, wonach „die künftige Wettbewerbsfähigkeit aller Sektoren der europäischen Wirtschaft von fortschrittlichen digitalen Netzinfrastrukturen und -diensten abhängt, da sie die Grundlage für ein globales BIP-Wachstum von 1 bis 2 Billionen EUR bilden“. Vor dem Hintergrund dieser Analyse sowie aufgrund der Erfordernisse von

„Digitaler Souveränität“, Resilienz und Datensicherheit ist die erfolgreiche Ansiedlung von Rechenzentren in Deutschland und Europa ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Verwirklichung eines gemeinsamen digitalen Binnenmarktes. Die DMK erwartet daher von der Europäischen Kommission, dass sie die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 18. April, einen „echten Binnenmarkt für digitale Dienste und Daten, die Förderung und Erleichterung von Investitionen in digitale Infrastrukturen wie 5G und 6G sowie die Anwendung bahnbrechender digitaler Technologien wie KI, Blockchain, Quantencomputing und Technologien für immersive Realität“ zu einer primären Priorität in der Legislaturperiode 2024-2029 machen.

6. Die DMK bekennt sich zu Ihrer Verantwortung, Frauen zur Übernahme von Führungsfunktionen in der Digitalwirtschaft zu ermutigen. Eine konsequente Förderung und Unterstützung von Frauen in der Digitalwirtschaft stellt aus Sicht der DMK einen nachhaltigen Beitrag zur Sicherung der gesamten Branche dar, da nur so das volle Potenzial einer Gesellschaft ausgeschöpft werden kann und Innovationskraft entsteht. Die DMK begrüßt dabei einen Ansatz, der eine möglichst frühe Förderung von Mädchen und Frauen ermöglicht. Hierzu existieren auf Ebene der Länder bereits zahlreiche Initiativen und Projekte, um das Interesse an MINT-Berufen, insbesondere bei Mädchen und Frauen, zu wecken oder den Quereinstieg zu unterstützen. Die DMK wird sich dafür einsetzen, dass solche Projekte nicht nur erhalten bleiben, sondern sukzessive optimiert und ausgebaut werden.

Begründung:

Die IKT-Branche bildet einen der größten Wirtschafts- und Industriezweige der Welt. Das von ihr erwirtschaftete Volumen wird auf 5-6 Bill. Euro geschätzt. Auch die deutsche Digitalwirtschaft ist nach Branchenangaben weiterhin auf Wachstumskurs: So geht der Branchenverband „Bitkom“ für 2024 von einem Umsatzplus von 4,3 % auf 224,8 Mrd. Euro aus. Für 2025 wird mit einem weiteren Zuwachs auf 235,4 Mrd. Euro und mehr als 1,4 Mio. Beschäftigten gerechnet.

Die Position der Europäischen Digitalwirtschaft in ihrer Gesamtheit bleibt allerdings global zurück. So konstatierte die EU-Kommission in ihrem „Fortschrittsbericht 2023 zur Digitalen Dekade 2030“, dass der Anteil der EU an den weltweiten IKT-Einnahmen

in den letzten zehn Jahren von 21,8 % im Jahre 2013 auf 11,3 % im Jahre 2022 deutlich gesunken ist. Derzeit bezieht die EU über 80 % der digitalen Produkte, Dienstleistungen sowie des geistigen Eigentums aus dem Ausland. Bei der Produktion von Halbleitern ist die EU zu 75 bis 90 % von asiatischen Unternehmen abhängig. Auf beiden Ebenen müssen daher Anstrengungen unternommen werden, die Entwicklung der Digitalwirtschaft in Deutschland und Europa voranzutreiben, ihr Wachstumspotential weiterzuentwickeln und die digitale Industrie zu entfesseln.